

## Difu-Umfrage:

### Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sehen den Wohnraummangel als derzeit größte Herausforderung

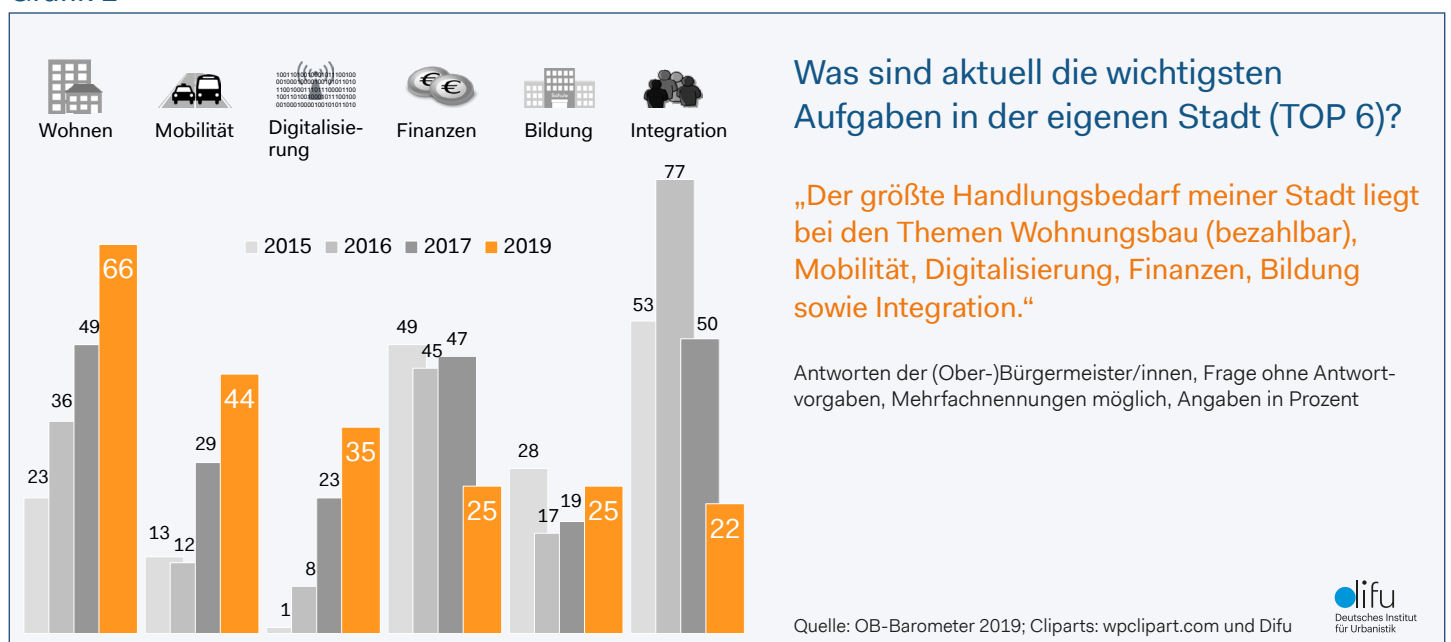
Aktuelle Jahresumfrage „OB-Barometer 2019“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zeigt gegenüber dem Vorjahr deutliche Trendverschiebungen in kommunalen Handlungsfeldern

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums steht derzeit ganz oben auf der Agenda deutscher Städte. Mit deutlichem Abstand belegen die Handlungsfelder Mobilität und Digitalisierung Platz 2 und 3 der im Januar/Februar 2019\* durchgeführten Difu-Städteumfrage. Das in der Vorgängerumfrage noch auf Platz 1 gelistete Thema Integration belegt aktuell nur noch Platz 6.

Wichtigstes Zukunftsthema ist für die Stadtspitzen Digitalisierung in all ihren Facetten. In diesen drei

Handlungsfeldern – ebenso wie zur Finanzsituation – erwarten die Städte eine bessere Unterstützung durch Bund, Länder und die EU. Regional unterscheiden sich die Einschätzungen der Stadtspitzen hinsichtlich der jeweiligen Dringlichkeit von Handlungsfeldern: Süddeutsche Städte messen den Themen Wohnen und Mobilität die höchste Brisanz zu. Städte im Westen leiden vielfach unverändert unter ihrer schwierigen Finanzsituation. Ostdeutsche Städte sehen vor allem bei Arbeitsplätzen und Infrastruktur große Handlungsnotwendigkeiten.

Grafik 1



Dies sind einige der Ergebnisse des aktuellen „OB-Barometer 2019“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), einer seit 2015 durchgeführten Befragung der (Ober-)Bürgermeister/innen großer deutscher Städte. Gefragt wird nach aktuellen und künftigen Aufgabenschwerpunkten, damit Veränderungen frühzeitig erkannt und darauf reagiert werden kann. Die befragten Stadtspitzen benennen dabei u.a. die aktuell wichtigsten Aufgabenfelder der eigenen Stadt, sie prognostizieren künftige Prioritätensetzungen und bewerten, inwiefern sich kommunale Rahmenbedingungen in verschiedenen Bereichen ändern müssen.

### Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt?

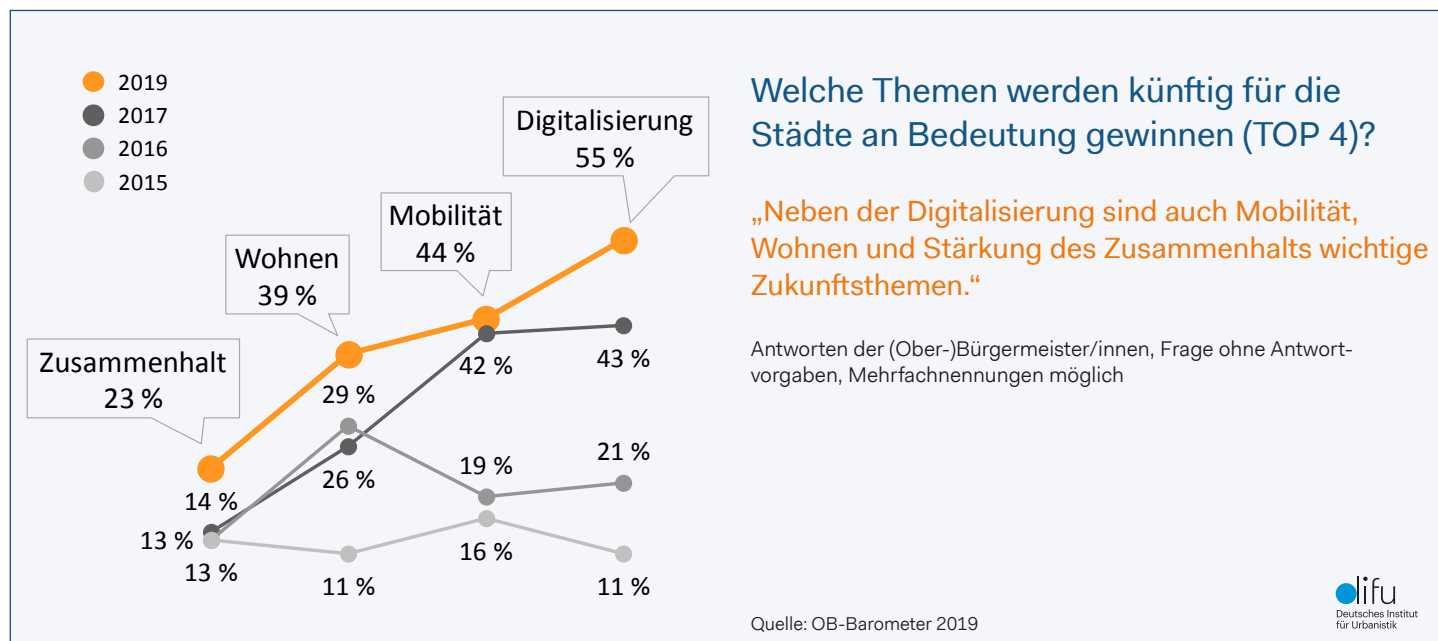
Die Stadtspitzen sind sich einig: Wohnungsbau und die Schaffung (bezahlbaren) Wohnraums haben aktuell die höchste Priorität in der eigenen Stadt (Grafik 1). Das Thema hat in den vergangenen vier Jahren für die Befragten stetig an Dringlichkeit gewonnen und wird nun von 66 % als eine der wichtigsten Aufgaben benannt. Darüber hinaus beschäftigen Fragen der Mobilität und Digitalisierung die Stadtspitzen am meisten – ein Trend, der sich in den vergangenen Jahren bereits ankündigte. Die Topthemen der Städte spiegeln sich in den politischen Diskussionen der letzten Monate zwischen Kommunen, Ländern und Bund: Soziale Wohnraumförderung, Luftreinhaltung sowie Breitbandausbau und „Smart City“. Bemerkenswert ist, dass die TOP 3 – Wohnen, Mobilität und Digitalisierung – in genau dieser Reihenfolge von den Stadtspitzen aller Städte genannt wurden, unabhängig von

ihrer Größe, mit besonders hoher Brisanz in den großen Ballungskernen.

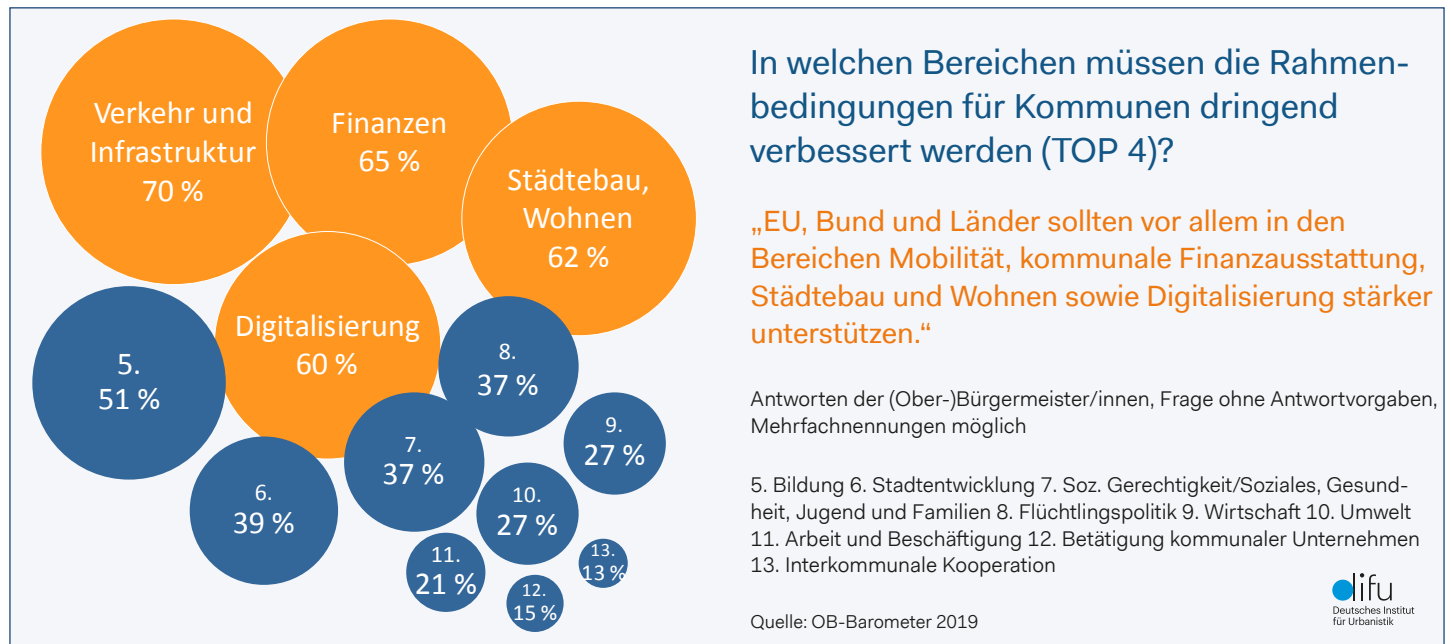
Bei fiskalischen Fragen zeigt sich im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt eine Entspannung. Das Thema verliert etwas an Bedeutung. Nur ein Viertel der Stadtspitzen benennt in der aktuellen Umfrage fiskalische Fragen als eines der wichtigsten Handlungsfelder. Dabei gibt es allerdings deutliche Unterschiede (Grafik 4): In den Ländern mit den höchsten kommunalen Altschulden und Kassenkrediten, in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sind für 35 % der Stadtspitzen Fragen zu Haushaltskonsolidierung und Finanzlage besonders bedeutend. In den Städten der finanzstarken Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sind Finanzfragen derzeit nur für 11 % der Befragten wichtig. Für die Stadtspitzen in diesen Städten ist jedoch das Thema Mobilität mit 66 % sehr viel wichtiger (bundesweit 44 %), sicher auch eine Folge der wahrgenommenen „Wachstumsschmerzen“ vieler Ballungsräume im Süden der Republik.

Die größte Veränderung in der Einschätzung der befragten Stadtspitzen lässt sich bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern beobachten – und sie betrifft alle Städte: War das Thema in den OB-Barometern von 2015 bis 2018 noch absolutes Topthema – 2016 gab es mit 77 % einen absoluten Spitzenwert –, so benennen es in der diesjährigen Befragung nur noch 22 % als eines der wichtigsten Handlungsfelder. Dies ist sicher auch eine Folge der deutlich zurückgegangenen Flüchtlingszahlen.

Grafik 2



Grafik 3



### Welche Themen werden künftig für die Städte an Bedeutung gewinnen?

Die Digitalisierung ist nach Einschätzung der Stadtspitzen das Aufgabenfeld, das in naher Zukunft den größten Bedeutungszuwachs im kommunalen Handeln haben wird. 55 % der Befragten nannten Digitalisierung als das kommunalpolitische Thema, das in den kommenden fünf Jahren an Bedeutung gewinnen wird (Grafik 2). Damit wird Digitalisierung zum zweiten Mal in Folge zum wichtigsten Zukunftsthema für die deutschen Städte – und diesmal mit noch höherem Ergebnis. Das Thema Mobilität nimmt wie im Vorjahr bei relativ unveränderter Nennung (44 %) den zweiten Platz ein. Auch Wohnen wird weiterhin eine hohe Bedeutung behalten – davon gehen 39 % der Befragten aus. Das Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird gegenüber allen Befragten der Vorjahre deutlich öfter als Zukunftsthema genannt, während es in der Umfrage nach den aktuellen Aufgaben in der eigenen Stadt (noch) nicht unter den wichtigsten Themen rangiert.

### In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessert werden?

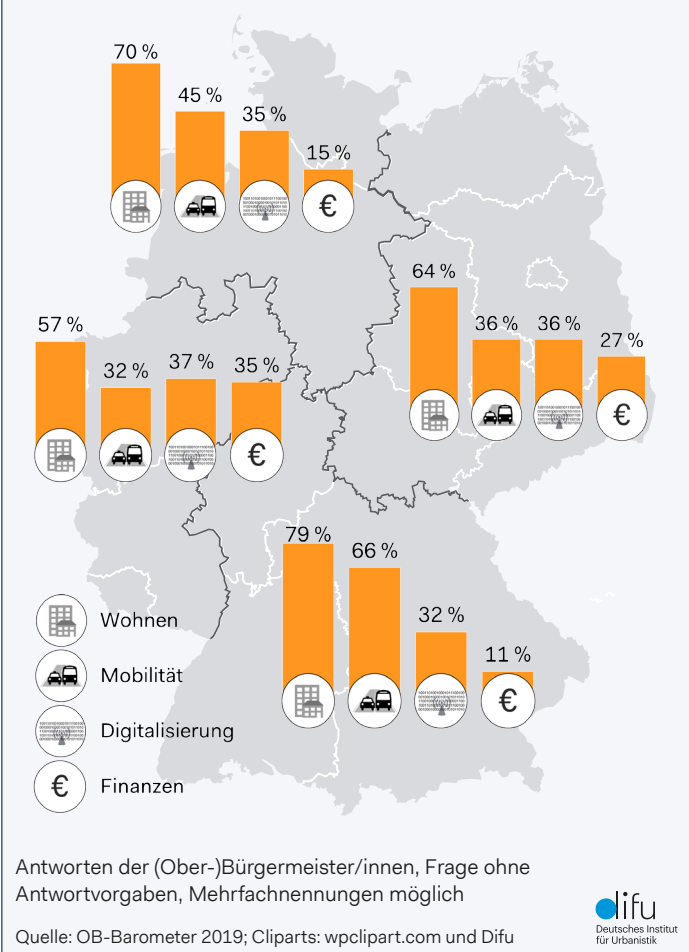
Weiterhin unzufrieden sind die Stadtspitzen mit den Rahmenbedingungen für die Kommunen, was die Verkehrspolitik und den Infrastrukturausbau betrifft. 70 % wünschen sich von Ländern, Bund oder EU einen besseren

Handlungsrahmen – hinsichtlich der Gesetzgebung, der Fördermittel oder der finanziellen Möglichkeiten. Wenngleich die fiskalischen Fragen aktuell nicht mehr in allen Städten die herausgehobene Bedeutung haben wie in Vorjahren, so sehen nach wie vor 65 % der Befragten eine bessere Unterstützung der Finanzpolitik als „sehr wichtig“ an. Vor allem die Kommunen in den Bundesländern mit sehr hohen Altschulden (NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland) und die ostdeutschen Städte, die Finanzfragen auch als drängendste Herausforderungen in ihrer eigenen Stadt genannt haben, wünschen sich hier eine bessere Unterstützung durch Länder, Bund und EU. Mit ähnlichem Nachdruck wird mehr Unterstützung in den Bereichen Städtebau/Wohnen sowie Digitalisierung gefordert. Das Thema Flüchtlinge/Integration tritt auch hier inzwischen erkennbar wieder in den Hintergrund. Es rangiert nur noch an achter Stelle. Noch 2015 war es für 80 % der Stadtspitzen sehr wichtig, dass sich die Rahmenbedingungen verbessern. Gemeinsam mit der Finanzpolitik, die 77 % der Befragten nannten, rangierte der Wunsch nach besseren Rahmenbedingungen zur Bewältigung der Flüchtlingspolitik mit einem Rekordwert damals an erster Stelle. Auch wenn die Forderungen der Städte an EU, Bund und Länder nach besseren Rahmenbedingungen für den Umgang mit Geflüchteten nicht mehr die Dominanz haben, so halten – trotz derzeitiger finanzieller Unterstützung durch den Bund – immer noch 37 % der Stadtspitzen hier eine stärkere Unterstützung für notwendig.

\* Aufgrund einer zeitlichen Verschiebung der Umfrage um wenige Monate gibt es in den Zeitreihen keine Daten für das Jahr 2018. Die Umfrage wurde statt zum Jahresende 2018 im Januar/Februar 2019 durchgeführt

## Grafik 4

### Was sind die derzeit wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt (regionale Unterschiede)?



## Regionale Unterschiede

Trotz vieler Gemeinsamkeiten zeigt das OB-Barometer 2019 unterschiedliche Blickpunkte in Abhängigkeit von der regionalen Lage der Städte. Die Rangfolge der wichtigen Themen ist zwar häufig ähnlich, in der Dringlichkeit gibt es aber deutliche Abweichungen. Beispielsweise sehen die Städte im Süden bei den Themen Wohnen (79 %) und Mobilität (66 %) am häufigsten hohen Handlungsbedarf, weitaus öfter als bei den Städten im Westen (Wohnen 57 %, Mobilität 32 %). So wird auch im Süden die stärkste Forderung nach verbesserten kommunalen Rahmenbedingungen für die Verkehrspolitik laut. Umgekehrt ist die Finanzsituation für viele Städte im Westen (35 %) ein zentrales Thema – und sie fordern auch nachdrücklich bessere Unterstützung durch Bund, Länder und EU ein –, während nur 15 % der Städte im Norden und 11 % der Städte im Süden diesem Thema herausgehobene Bedeutung zumessen. Dass Digitalisierung, zu der auch Aspekte wie Breitbandausbau, E-Government und „Smart City“ gehören, ein Zukunftsthema ist, das alle Städte unabhängig von regional und strukturell unterschiedlichen Voraussetzungen gleichermaßen betrifft, ist nicht erstaunlich. Egal ob Nord, Süd, Ost oder West: jede/jeder Dritte der befragten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zählt das Thema zu den derzeit wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen in der eigenen Stadt.

### Informationen zum OB-Barometer

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner/innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die im Januar/Februar 2019 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführt wurde. 134 der 190 eingeladenen Stadtspitzen (bzw. 22 stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht der guten Teilnahmequote von 71 %.

### Ansprechpartner OB-Barometer:

Prof. Dr. Carsten Kühl, +49 30 39001-214, kuehl@difu.de

Dr. Busso Grabow, +49 30 39001-248, grabow@difu.de

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin

Weitere Informationen und vertiefte Analysen zur Befragung unter [www.difu.de/OB-Barometer](http://www.difu.de/OB-Barometer)

### Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist mit seinen rund 190 Beschäftigten das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete, unabhängige in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben.